

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
39. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
06.02.2014**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.02.2014

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2013
- 2.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 2.1** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.06.2013 aus öffentlicher Sitzung
- 2.2** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 18.07.2013 aus öffentlicher Sitzung
- 3.** Kunst- und Kulturpreis 2014
hier: Bestellung von persönlichen Vertretern für die Mitglieder der Auswahlkommission
- 4.** Bebauungsplan Nr. 71 - Carlstraße-Süd- 8. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
- 5.** Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 10. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Beschluss der öffentlichen Auslegung
- 6.** Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW
hier: Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg zum Entwurf
- 7.** Forstwirtschaftsplan 2014
- 8.** Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 14.01.2014 betr. Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Jülicher Straße
- 9.** Erweiterungen zur Tagesordnung
- 9.1** Anordnung einer Einwohnerversammlung für die Erneuerung der Schulstraße

- 9.2 Neubesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014
- 9.3 Ergänzung der Rechnungsprüfungsordnung wegen Einführung eines digitalen Rechnungseingangsbuches
- 9.4 Beteiligung an dem Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur "umsatzsteuerlichen Behandlung von jPöR"
- 9.5 Antrag der UWG-Fraktion betr. das Wegerecht im Streit um die Verbindung zwischen Holunderplatz und Römerstraße
- 10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 11. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 12. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 13. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 13.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.06.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 13.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 18.07.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 14. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Bien	UWG
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM
Herr Walter Junker	CDU
Herr Heinz König	CDU
Frau Norma Kuhlmei	SPD

Herr Dieter Kunath	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Steven McLarren	CDU
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Gerd Streichert	
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesende Stadtverordnete

Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Rainer Rißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Christa Thar-Hennes	UWG

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Technischer Angestellter Achim Engels
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Weiterhin begrüßte **Bürgermeister Jungnitsch** Herrn Gerd Streichert als neuen Stadtverordneten und hieß ihn herzlich willkommen. Er erklärte, dass keine Verpflichtung erfolgen müsse, da Gerd Streichert bereits als sachkundiger Bürger verpflichtet worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch bat die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute für die verstorbene Stadtverordnete Bärbel Bartel zu erheben.

Er sprach folgende Worte:

„Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

am 12. Dezember 2013 mussten wir von Bärbel Bartel für immer Abschied nehmen. Ihr Tod hat uns alle getroffen. Wir bleiben zurück als Trauernde.

Mit Bärbel Bartel hat die Stadt Übach-Palenberg ein beliebtes und bewährtes Ratsmitglied verloren. Ihr Tod bedeutet auch das Ende einer langen und angenehmen Zusammenarbeit, das Ende von Freundschaften.

Bärbel Bartel gehörte von 1989 bis 1994 und seit 1996 dem Rat der Stadt Übach-Palenberg an. Zwischen der ersten und zweiten Periode war sie sachkundige Bürgerin. In ihrer langjährigen Rats- und Ausschussarbeit stand das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt stets im Mittelpunkt. Besonders lag ihr die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Scherpenseel am Herzen.

Dank ihres Engagements hat sie viel für unsere Stadt geleistet, bewirkt und positiv verändert. Dies brachte ihr in der Bevölkerung Achtung und Anerkennung.

So bleibt sie uns und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt in Erinnerung. Wir verneigen uns vor Bärbel Bartel und nehmen in Trauer Abschied. Als wertvoller und verdienter Mensch hat sie in unserer Stadt Übach-Palenberg ihre Spuren hinterlassen.

Wir werden ihrer stets in Dankbarkeit und Respekt gedenken.“

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er wies auf die vorgesehene Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte 9.1 bis 9.4 und auf den vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion betr. Wegerecht im Streit um die Verbindung zwischen Holunderplatz und Römerstraße hin und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

1. TOP 9.1 „Anordnung einer Einwohnerversammlung für die Erneuerung der Schulstraße“
2. TOP 9.2 „Neubesetzung von Ausschüssen, hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014“
3. TOP 9.3 „Ergänzung der Rechnungsprüfungsordnung wegen Einführung eines digitalen Rechnungseingangsbuches“
4. TOP 9.4 „Beteiligung an dem Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur "umsatzsteuerlichen Behandlung von jPöR"“
5. TOP 9.5 „Antrag der UWG-Fraktion gemäß § 5 der Geschäftsordnung betr. das Wegerecht im Streit um die Verbindung zwischen Holunderplatz und Römerstraße“

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an dieser Abstimmung, da er aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 6 GO kein Stimmrecht besitzt.

Es wurde sich im Vorfeld der Abstimmung einstimmig darauf verständigt, dass der Antrag der UWG in öffentlicher Sitzung behandelt werde und entsprechende nicht öffentliche Details in Bezug auf die Grundstücksangelegenheiten nicht diskutiert werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 2 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2013

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 28.11.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.06.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.06.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 18.07.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 18.07.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Kunst- und Kulturpreis 2014
hier: Bestellung von persönlichen Vertretern für die Mitglieder der
Auswahlkommission

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung folgende Beschlussempfehlung für den Rat einstimmig beschlossen habe:

Folgende Personen werden als persönliche Vertreter für die aufgeführten Mitglieder in die Auswahlkommission für das Jahr 2014 berufen:

- | | |
|-----------------------|----------------------------|
| 1. Frau Norma Kuhlmei | für Herrn Oliver Walther |
| 2. Herr Hans Krupp | für Herrn Hanns-Paul Jouck |
| 3. Frau Uschi Zantis | für Hedi Klee |

Da keine weiteren Vorschläge vorgebracht wurden, ließ **Bürgermeister Jungnitsch** über den o. g. Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

Folgende Personen werden als persönliche Vertreter für die aufgeführten Mitglieder in die Auswahlkommission für das Jahr 2014 berufen:

- | | |
|-----------------------|----------------------------|
| 4. Frau Norma Kuhlmei | für Herrn Oliver Walther |
| 5. Herr Hans Krupp | für Herrn Hanns-Paul Jouck |
| 6. Frau Uschi Zantis | für Hedi Klee |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Bebauungsplan Nr. 71 - Carlstraße-Süd- 8. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Der Aufstellungsbeschluss zur 8. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Carlstraße-Süd – wird gem. § 13 BauGB gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**5. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 10. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Beschluss der öffentlichen Auslegung**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.7 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zur 10. Änderung des Bebauungsplans Nr. 75 - Rathausplatz - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 10. Änderung des Bebauungsplans Nr. 75 - Rathausplatz - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 2.1 bis 2.7 unter Nr. 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

**6. Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW
hier: Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg zum Entwurf**

Technischer Angestellter **Engels** erläuterte, strittig sei insbesondere der Punkt „Wiedernutzung von Brachflächen“ (siehe Punkt 6.1.8 unter Bewertung des LEP-Entwurfs aus Sicht der Stadt Übach-Palenberg). Stadtverordnete Appellrath und er haben in Bezug auf die Definition der Brachflächen im Sinne des LEP noch einmal recherchiert. Es gebe einen Katalog von Kriterien von der Staatskanzlei zum Siedlungsflächenmonitoring, das die Bezirksregierungen mit den Kommunen durchführen, um entsprechende Bedarfe zu ermitteln. Demnach sei eine Brachfläche jede Fläche, die länger als 2 Jahre nicht genutzt worden und größer als 0,2 ha sei. Dazu zählen nach dem Kriterienkatalog auch Wohnhäuser, die länger als 2 Jahre nicht bewohnt wurden. Auf Nachfrage bei der Staatskanzlei wurde dies auch noch einmal bestätigt. Die Staatskanzlei wolle diese Definition noch einmal evaluieren und anschließend müsste die Stadt sämtliche Brachflächen melden. Diesbezüglich könnte die Stadt eine Stellungnahme abgeben.

Er schlage vor, sich der Bewertung des Städte- und Gemeindebundes anzuschließen und darüber hinaus eine konkrete Stellungnahme in Bezug auf die geplanten Regelungen zu den Brachflächen abzugeben.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Brachflächenproblematik der einzige Punkt sei, bei dem sie der Bewertung des Städte- und Gemeindebundes zustimmen könne. Für die Definition einer Brachfläche sollte zumindest ein anderes, größeres Zeitfenster gewählt werden.

Sie werde sich deshalb heute bei der Abstimmung enthalten, die Stellungnahme zu den Brachflächen halte sie jedoch für wichtig.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion könne die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes tragen und deswegen der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. Er fragte, ob es bei der Betrachtung von Brachflächen in Bezug auf die Größe um das jeweils einzelne bebaute Grundstück gehe oder ob hier auch Flächen zusammengefasst werden müssen.

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, dass sich solche Fragen seiner Meinung nach eben nicht aus dem vorliegenden Entwurf beantworten lassen und deswegen vorsorglich Bedenken angemeldet werden sollten.

Beschluss:

Gegen den vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) vom 25.06.2013 werden Bedenken erhoben. Die Stadt Übach-Palenberg schließt sich der Bewertung des Städte- und Gemeindebunds zum LEP vom 16.10.2013 inhaltlich an unter besonderer Berücksichtigung des Aspektes der Brachflächenproblematik.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

7. Forstwirtschaftsplan 2014

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2014 wird zustimmend zur Kenntnis genommen (der Forstwirtschaftsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 14.01.2014 betr. Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Jülicher Straße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Weißborn** erläuterte, es habe bezüglich der dortigen Verkehrssi-

tuation bereits einen Schriftverkehr zwischen Anwohnern und der Stadt gegeben. Erster Stadtbeigeordneter Mainz habe in diesem Zusammenhang erklärt, dass es sich im Bereich der Jülicher Straße nicht um einen Unfallschwerpunkt handele. Mit dem vorliegenden Antrag wolle man erreichen, dass man sich ein eigenes Bild von der Situation dort machen könne mit dem Ziel, anschließend zu wissen, ob es notwendig sei, über mögliche geschwindigkeitshemmende Maßnahmen zu diskutieren.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde für den Antrag stimmen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, auch die UWG-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Es sei wichtig, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Ob diese Sorgen berechtigt seien, könne man mit dem vorliegenden Antrag überprüfen.

Beschluss:

Im Bereich der Jülicher Straße wird so schnell wie möglich eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt. Diese Kontrolle wird über einen etwas längeren Zeitraum stattfinden, um ein realistisches Bild über die dort gefahrenen Geschwindigkeiten zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Erweiterungen zur Tagesordnung

9.1 Anordnung einer Einwohnerversammlung für die Erneuerung der Schulstraße

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass er den in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses genannten Termin ändern wolle, da am 21.03. ein Schwimmevent stattfinde, an dem sicherlich auch viele Marienberger teilnehmen wollen.

Als neuen Termin nannte er den 25.03.2014, 19 Uhr.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Schulstraße, Teilstück zwischen Klosterstraße und In der Gehölde, wird vorbehaltlich der Genehmigung der Ausbauplanung in der SBS-Sitzung vom 06.03.2014, angeordnet.

Es wird wie folgt zur Einwohnerversammlung eingeladen: durch persönliche Anschreiben an die Anwohner und Eigentümer in der Schulstraße

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der CDU:

Stadtverordneter G. Gudduschat

Für die Fraktion der SPD:

Stadtverordneter Weißborn und

Stadtverordnete Piez

Für die Fraktion der UWG:

Stadtverordneter Bien

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Stadtverordnete Appelrath

Für die Fraktion FDP-HM:

Stadtverordneter W. Gudduschat

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9.2 Neubesetzung von Ausschüssen

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2014

Beschluss:

Für die verstorbene Stadtverordnete Bärbel Bartel wird als Nachfolger auf Vorschlag der SPD-Fraktion

1. Stadtverordneter Gerd Streichert als Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss (persönliche Stellvertreterin = Eva Maria Piez),
2. Stadtverordneter Gerd Streichert als Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur (persönlicher Stellvertreter = Hüseyin Salin)
3. Stadtverordneter Gerd Streichert als Mitglied in den Wahlausschuss (persönlicher Stellvertreter = Heiner Weißborn)
4. Stadtverordneter Gerd Streichert als persönlicher Stellvertreter für Stadtverordneten Heiner Weißborn in den Rechnungsprüfungsausschuss

gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung, da er zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht besitzt.

9.3 Ergänzung der Rechnungsprüfungsordnung wegen Einführung eines digitalen Rechnungseingangsbuches

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass sich grundsätzlich am Verfahren der Rechnungsprüfung nichts ändere, sondern nur die elektronische Abzeichnung durch das Rechnungsprüfungsamt ergänzt werde. Dies sei Voraussetzung für die Einführung eines elektronischen Rechnungseingangsbuches.

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzung der Rechnungsprüfungsordnung zur Einführung eines digitalen Anordnungswesens wird zugestimmt (die Ergänzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9.4 Beteiligung an dem Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur "umsatzsteuerlichen Behandlung von jPöR"

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass bis zum 14.02.2014 die Möglichkeit bestehe, eine Stellungnahme abzugeben. Sollte der Rat die Auffassung vertreten, dass er so kurzfristig keine Entscheidung in der vorliegenden Angelegenheit treffen könne, bedeute dies lediglich, dass seitens der Stadt Übach-Palenberg keine Stellungnahme abgegeben werde.

Er könne jedoch nur dafür werben, sich der Stellungnahme des Landkreistages anzuschließen.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, ob berechnet worden sei, ob die geplante Initiative der EU-Kommission tatsächlich einen Nachteil für Übach-Palenberg bedeute.

Kämmerer **Beeck** antwortete, eine Modellberechnung gebe es nicht. Auch von Seiten des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages gebe es keine entsprechenden Modellberechnungen. Sicher sei nur, dass eine Änderung des jetzigen Systems auf jeden Fall zu Mehrarbeit führen würde und zumindest ein großes Risiko bestünde, dass es auch finanzielle Negativfolgen mit sich bringe. Auf Nachfrage des Stadtverordneten **G. Gudduschat** erklärte Kämmerer Beeck, als juristische Personen des öffentlichen Rechts seien sämtliche Einrichtungen des öffentlichen Rechts zu fassen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, wenn keine Berechnung erfolgt sei, könne man auch nicht wissen, ob die geplante Initiative seitens der EU-Kommission einen Nachteil oder einen Vorteil für Übach-Palenberg bringen würde. In diesem Falle könne er sich heute nur enthalten, da die Möglichkeit, dass die Initiative vorteilhaft für Übach-Palenberg sei, ja nicht ausgeschlossen werden könne.

Jurist **Claßen** erläuterte, es sei noch nicht einmal geklärt, ob überhaupt eine Umsatzsteuerpflicht für Personen des öffentlichen Rechts eingeführt werde. Es handle sich vorliegend um ein sogenanntes Konsultationsverfahren der EU-Kommission.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, gerade weil noch so viele Unklarheiten bestehen, sollte man ein Votum abgeben, damit die Angelegenheit noch einmal auf den Prüfstand gestellt werde. Der EU-Kommission komme es hierfür jedoch auf die Anzahl der eingereichten Stellungnahmen an.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg schließt sich der durch den Landkreistag in Abstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund vorformulierten Stellungnahme an und wird diese fristgerecht an die EU-Kommission weiter leiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 15 Enthaltungen

9.5 Antrag der UWG-Fraktion betr. das Wegerecht im Streit um die Verbindung zwischen Holunderplatz und Römerstraße

Stadtverordnete **Weinhold** bedankte sich dafür, dass der Rat sich damit einverstanden erklärt habe, den Antrag heute noch zu behandeln.

Sie habe über das Gerichtsurteil in der Zeitung gelesen. Da der Antragsteller das Verfahren gewonnen habe, werde den Anwohnern nun das Wegerecht entzogen mit der Folge, dass auch die Schulkinder diesen Weg künftig nicht mehr nutzen können und den gefährlichen Umweg über die Roermonder Straße nehmen müssen. Zum Schutz der Kinder bitte sie deshalb die Verwaltung, eine zeitnahe Lösung zu finden.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er habe bereits einen Termin mit dem Prozessführern vereinbart um die kommenden Schritte zu besprechen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er könne dem Antrag grundsätzlich zustimmen, da die Intention, einen kurzen Weg zum Schutz der Schulkinder auch weiterhin zu ermöglichen, gut sei. Aber er vertrete die Auffassung, dass dieser Antrag eigentlich nicht nötig sei, da es bereits einen Beschluss gebe, dass die Verwaltung entsprechende Verhandlungen zur Übernahme eines Nachbargrundstückes führen solle. Er stelle sich die Frage, warum die Verwaltung diese Verhandlungen nicht fortgeführt habe.

Es könne doch wohl nicht sein, dass für die Öffnung der Aachener Straße Geld vorhanden sei, nicht aber für die Sicherheit der Kinder in Boscheln.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, hier habe Stadtverordneter Weißborn wohl einen sehr großen Bogen gespannt. Das eine habe mit dem andern wohl nichts zu tun. Bereits damals seien die Verhandlungen zur Übernahme eines Grundstücks als Alternative zu dem derzeit genutzten Weg sehr kompliziert gewesen.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, er werde sich in öffentlicher Sitzung nicht zu dem Verfahren äußern, da es immer noch schwebend sei.

Stadtverordneter **Wynands** ergänzte, es stehen noch 3 Klagen aus, deren Entscheidungen man abwarten sollte. Die Grundidee des Antrages sei jedoch gut.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, man müsse sicherlich sämtliche Urteile abwarten. Die Stadt habe aber bereits intensiv mit den Betroffenen diskutiert und sei

in Bezug auf eine Lösungsmöglichkeit immer am Ball geblieben. Er verwahre sich gegen die Unterstellung des Stadtverordneten Weißborn, die Verwaltung sei untätig gewesen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die Diskussion zeige, dass sich insoweit alle einig seien, dass es um den Schutz der Kinder gehe. Darauf sei ihr Antrag ausgerichtet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah mit dem Besitzer des angrenzenden Grundstücks in der Römerstraße zu verhandeln zwecks Besitzübernahme dieser Fläche durch die Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, er wolle die noch offenen Fragen aus der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beantworten:

Anfrage der UWG-Fraktion/ SPD-Fraktion betr. Schaltung der Straßenlaternen auf der Roermonder Straße und der Brünestraße:

Der Hinweis sei berechtigt gewesen. Allerdings sei aus personellen Gründen bei NEW eine Umschaltung der Straßenlaternen wie vorgesehen (Abschaltung jeder 2. Straßenlaterne auf einer Straßenseite) frühestens im Frühjahr möglich.

Anfrage der SPD-Fraktion betr. Verbindungsweg zwischen Jülicher Straße und Borsigstraße:

Der Rat habe damals als Sofortmaßnahme die Aufbringung von Splitt für diesen Weg beschlossen. Dies habe die Verwaltung auch entsprechend umgesetzt. Allerdings habe sich herausgestellt, dass diese Maßnahme unzureichend gewesen sei, da sich regelmäßig Wasser auf dem Weg gesammelt und den Splitt weggespült habe. Somit habe die Verwaltung nun die Pflasterung des Weges veranlasst.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass der Rat damals lediglich die Aufbringung von Splitt beschlossen habe. Er vertrete die Auffassung, dass für eine neue Maßnahme auch ein neuer Ratsbeschluss erforderlich gewesen wäre.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, die Maßnahme umfasse einen Auftragswert in Höhe von 12.000 € und liege somit in der Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters. Die Entscheidung für die Pflasterung wurde mit Hinblick auf die Tatsache getroffen, dass ein regelmäßiges Nachfüllen des Splitts auf Dauer nicht wirtschaftlicher sei.

Anfrage der SPD-Fraktion betr. Spielplatz Bersitter Straße:

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erläuterte, dass in der Tat im Winter der Spielplatz nicht intensiv gepflegt worden sei. Die offiziellen Pflegeintervalle beginnen jetzt im Frühling. Das Problem mit den Ratten sei bekannt. Deswegen werden zweimal jährlich Köder ausgelegt.

- - - - -

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** teilte mit, dass eine Eingabe nach § 24 GO NRW in Bezug auf die Erneuerung der Thornstraße eingegangen sei. Diese werde man entsprechend den Vorgaben der Hauptsatzung dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung vorlegen. Um jedoch Irritationen zu vermeiden, wolle er darauf hinweisen, dass unabhängig von dieser Eingabe die Straßenbaumaßnahmen in den kommenden Tagen beginnen werden, da die Aufträge hierfür entsprechend des Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit bereits vor Eingang dieser Eingabe erteilt worden seien und nun nicht mehr gestoppt werden können.

11. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

12. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Anfragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die erste Anfrage der SPD-Fraktion erledigt habe.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordnete **Kuhlmey** verwies auf den Beschluss über die Errichtung einer Gedenkstätte für Sternenkinder und fragte nach dem Stand der Umsetzung.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, die Arbeiten hierzu stehen kurz vor dem Abschluss.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.58 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.00 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin